

**Bundesrat**

**Drucksache 222/12**

**19.04.12**

AA - In

## **Vorlage**

**an den Bundesrat**

---

**Vereinbarung vom 13. Februar 2012 zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik über die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit Petrovice-Schwandorf.**

Der Chef des Bundeskanzleramtes

Berlin, den 18. April 2012

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Ministerpräsidenten  
Horst Seehofer

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich die

Vereinbarung vom 13. Februar 2012 zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik über die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit Petrovice-Schwandorf.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 59 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 84 Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Ronald Pofalla



Vereinbarung

zwischen

dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland

und

dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik

über

die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums

der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit

Petrovice – Schwandorf

- 2 -

Das Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland  
und  
das Ministerium des Innern der Tschechischen Republik  
(im Folgenden „die Vertragsparteien“) –

in dem Bemühen, die Zusammenarbeit der zuständigen Polizei- und Zollbehörden bei der Kriminalitätsbekämpfung sowie beim Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unter den Bedingungen des gemeinsamen Schengener Raums weiter zu vertiefen,

auf der Grundlage des Artikels 5 und des Artikels 17 Absatz 1 des Vertrages vom 19. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten (im Folgenden „Polizeikooperationsvertrag“),

unter Berücksichtigung insbesondere

des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung,

des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen sowie des das Übereinkommen fortentwickelnden und in das Recht der Europäischen Union einbezogenen Schengener Besitzstandes,

des Abkommens vom 3. November 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Staatsgrenze (Rückübernahmeabkommen),

der Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Dritt-

- 3 -

staatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist, –

haben Folgendes vereinbart:

#### Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien richten eine gemeinsam besetzte Dienststelle im Sinne des Artikels 5 des Polizeikooperationsvertrages unter der Bezeichnung „Gemeinsames Zentrum der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit Petrovice – Schwandorf“ (im Folgenden „Gemeinsames Zentrum“) ein.

(2) Das Gemeinsame Zentrum besteht aus einer Arbeitsstelle in Schwandorf und einer Arbeitsstelle in Petrovice.

#### Artikel 2

(1) Im Gemeinsamen Zentrum werden in gemeinsamen Räumlichkeiten deutsche und tschechische Bedienstete tätig, die von den zuständigen Behörden (im Folgenden „Entsendebehörden“) in Übereinstimmung mit dem Polizeikooperationsvertrag entsandt werden.

(2) Die Bediensteten des Gemeinsamen Zentrums werden im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und in Übereinstimmung mit ihren jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften als Vertreter der Entsendebehörden tätig und unterliegen deren Weisungs- und Disziplinalgewalt.

#### Artikel 3

(1) Die Zusammenarbeit im Gemeinsamen Zentrum umfasst insbesondere

- 4 -

1. den Austausch, die Steuerung und die Sammlung von Informationen sowie die Mitwirkung bei deren Analyse anhand von vereinbarten einheitlichen Standards;
  2. die Unterstützung bei der Erstellung gemeinsamer Lagebilder anhand von vereinbarten einheitlichen Standards in vereinbarten regelmäßigen Zeitabständen sowie anlassbezogen;
  3. die Unterstützung bei der Vorbereitung, Stellung und Beantwortung von Ersuchen im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung und bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung;
  4. die Mitwirkung bei der Koordinierung von Einsätzen, insbesondere im Bedarfsfall,
    - a) bei der Abstimmung von Aufklärungs- und Überwachungsmaßnahmen, die die Grenzgebiete betreffen,
    - b) bei der Abstimmung von grenzüberschreitenden Fahndungsmaßnahmen,
    - c) zur Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Streifen und gemeinsamer Kontrollgruppen,
    - d) bei der Abstimmung grenzüberschreitender Observations- und Nacheilehandlungen;
  5. die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Koordinierung von Überstellungen von Personen auf der Grundlage geltender völkerrechtlicher Verträge und des Rechts der Europäischen Union;
  6. die Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Aus- und Fortbildung in Angelegenheiten der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit sowie bei der Weiterentwicklung und Förderung der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit.
- (2) Den Bediensteten des Gemeinsamen Zentrums obliegt nicht die Anordnung von operativen

- 5 -

Einsätzen. Sie können jedoch mit Zustimmung ihrer Entsendebehörde bei operativen Einsätzen in koordinierender und unterstützender Funktion tätig werden.

(3) Die Aufgaben und Zuständigkeiten der nationalen Zentralstellen der Polizeien und der Zollverwaltungen, bestehende Meldeverpflichtungen diesen gegenüber sowie andere Formen der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit bleiben unberührt.

#### Artikel 4

(1) Die Bediensteten des Gemeinsamen Zentrums arbeiten vertrauensvoll zusammen und unterstützen sich gegenseitig.

(2) Jede Vertragspartei bestimmt jeweils einen Koordinator für jede Arbeitsstelle. Jeder Koordinator vertritt in der Arbeitsstelle die Entsendebehörden seines Staates. Jeder Koordinator ist für einen reibungslosen Betrieb in der jeweiligen Arbeitsstelle verantwortlich, der von den Bediensteten seines Staates sichergestellt wird, und trifft Entscheidungen, die für die Organisation und die Abwicklung der laufenden Tätigkeiten der jeweiligen Arbeitsstelle erforderlich sind. Die Weisungs- und Disziplinalgewalt der Entsendebehörden gegenüber den Bediensteten bleibt unberührt. Die Koordinatoren stellen eine reibungslose Zusammenarbeit und einen reibungslosen Informationsaustausch zwischen beiden Arbeitsstellen sicher.

(3) Die Koordinatoren erarbeiten gemeinsam eine Geschäftsordnung für ihre jeweilige Arbeitsstelle. Die Geschäftsordnungen werden auf deutscher Seite von den Entsendebehörden und auf tschechischer Seite von dem Polizeipräsidium der Tschechischen Republik im Einvernehmen mit der Generaldirektion der Zölle genehmigt.

(4) Die Koordinatoren übergeben einander eine Liste der in der jeweiligen Arbeitsstelle tätigen Bediensteten der Entsendebehörden ihres Staates, die in Form einer Gesamtliste ständig zu aktualisieren ist. In jeder Arbeitsstelle wird ein gemeinsames Geschäftszimmer eingerichtet und unterhalten, in dem Bedienstete beider Seiten tätig sind.

- 6 -

(5) Das Gemeinsame Zentrum als Ganzes wird durch alle Koordinatoren gemeinsam repräsentiert, soweit nichts anderes vereinbart ist. Soweit für das Gemeinsame Zentrum eine eigene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erforderlich ist, wird diese zwischen den Koordinatoren abgestimmt. Informationen zu konkreten Fällen der Zusammenarbeit erteilen die Koordinatoren nur im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden beider Staaten.

(6) Die mit dem Betrieb und Schutz der Liegenschaften verbundenen Rechte und Pflichten werden in der Arbeitsstelle Schwandorf von dem deutschen Koordinator und in der Arbeitsstelle Petrovice von der Bezirksdirektion der Polizei im Bezirk Usti ausgeübt.

#### Artikel 5

(1) Jede Arbeitsstelle wird in deutscher und tschechischer Sprache gekennzeichnet.

(2) Die Koordinatoren regeln die Aufteilung der Räumlichkeiten sowie der Ausstattung jeder Arbeitsstelle schriftlich im gegenseitigen Einvernehmen. Dabei ist die Zahl der entsandten Bediensteten entsprechend zu berücksichtigen. Die Koordinatoren stimmen dies im Voraus mit den Entsendebehörden ab.

(3) Der Betrieb des Gemeinsamen Zentrums erfolgt rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche. Die Einzelheiten zur Anwesenheit der Bediensteten in den Arbeitsstellen des Gemeinsamen Zentrums werden in deren Geschäftsordnungen geregelt.

(4) Die Arbeitssprachen im Gemeinsamen Zentrum sind deutsch und tschechisch. Jeder Bedienstete kann die Arbeitssprache seiner Wahl nutzen.

#### Artikel 6

(1) Die deutsche Vertragspartei stellt für die Arbeitsstelle in Schwandorf, die tschechische Vertragspartei stellt für die Arbeitsstelle in Petrovice sachgerecht hergerichtete Liegenschaften ein-



schließlich von Kraftfahrzeugstellplätzen zur Verfügung und trägt die jeweiligen Betriebs- und Unterhaltskosten der Liegenschaften. Für alle Arbeitsplätze ist eine Ausstattung mit Kommunikationstechnik und die Nutzungsmöglichkeit von Computertechnik vorzusehen.

(2) Die nach Absatz 1 zuständige Vertragspartei stellt für die Bediensteten der Entsendebehörden der anderen Vertragspartei die Installation der erforderlichen Informations- und Kommunikationsnetze in der Liegenschaft sicher. Die erforderlichen Daten- und Telekommunikationsverbindungen stellen die jeweiligen Entsendebehörden sicher.

(3) Die Entsendebehörden gewährleisten ihren in das Gemeinsame Zentrum entsandten Bediensteten die vollständige Möglichkeit zur Datennutzung nach den für sie geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Dies gilt insbesondere für die Nutzung personenbezogener Daten unter Beachtung der jeweiligen innerstaatlichen und internationalen datenschutzrechtlichen Vorschriften.

(4) Die Kosten für Telekommunikations- und Datenverbindungen, elektronische Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsanlagen sowie Kopiergeräte werden von jeder Vertragspartei selbst getragen.

(5) Die Verteilung der Kosten für die weitere Ausstattung der Arbeitsstellen sowie der laufenden Kosten, insbesondere für Büromaterial, wird in den Geschäftsordnungen geregelt.

(6) Die Kosten für spezifische Ausstattungen und die persönliche Ausstattung der Bediensteten einschließlich Reparaturen und Ersatzbeschaffungen werden von jeder Vertragspartei selbst übernommen, wobei eine Absprache der Entsendebehörden über eine andere Art und Weise der Kostenverteilung im Einzelfall nicht ausgeschlossen ist.

(7) Weitere Kosten, die beim Betrieb der Arbeitsstelle Schwandorf entstehen, trägt die deutsche Vertragspartei; weitere Kosten, die beim Betrieb der Arbeitsstelle Petrovice entstehen, trägt die tschechische Vertragspartei.

## Artikel 7

Die Tätigkeit des Gemeinsamen Zentrums wird auf Ersuchen einer Vertragspartei gemeinsam evaluiert.

## Artikel 8

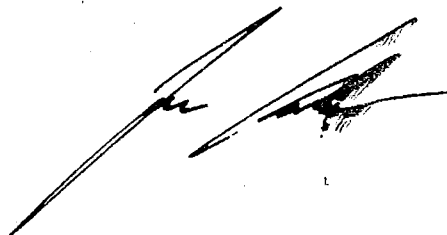
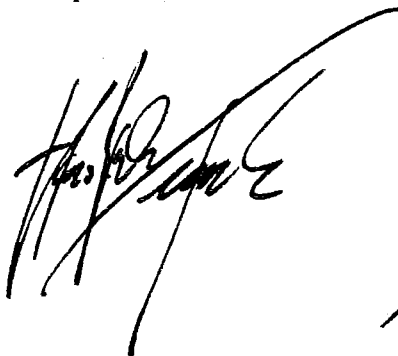
(1) Diese Vereinbarung tritt mit dem Tag des Eingangs der späteren der Noten in Kraft, in denen die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, dass ihre innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieser Vereinbarung erfüllt sind. Die Vertragsparteien werden die Vereinbarung ab dem Tag der Unterzeichnung in dem mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften in Einklang stehenden Umfang vorläufig anwenden.

(2) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann sie schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. Die Kündigung wird neunzig Tage nach Eingang der Notifikation bei der anderen Vertragspartei wirksam. Diese Vereinbarung tritt spätestens an dem Tag außer Kraft, an dem der Polizeikooperationsvertrag erlischt, wenn dieser nicht durch eine andere vertragliche Regelung ersetzt wird.

Geschehen zu Hof am 13. Februar 2012 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium des Innern  
der Bundesrepublik Deutschland

Für das Ministerium des Innern  
der Tschechischen Republik



Ujednání

mezi

Spolkovým ministerstvem vnitra Spolkové republiky Německo

a

Ministerstvem vnitra České republiky

o

zřízení Společného centra

německo-české policejní a celní spolupráce

Petrovice – Schwandorf

- 2 -

Spolkové ministerstvo vnitra Spolkové republiky Německo

a

Ministerstvo vnitra České republiky

(dále „smluvní strany“)

usilující o další prohloubení spolupráce příslušných policejních a celních orgánů při potírání trestné činnosti, jakož i při ochraně veřejného pořádku a bezpečnosti, v podmínkách společného schengenského prostoru,

na základě článku 5 a článku 17 odstavce 1 Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o spolupráci policejních orgánů a orgánů působících při ochraně státních hranic v příhraničních oblastech z 19. září 2000 (dále „Smlouva o policejní spolupráci“);

při zohlednění zejména

- Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o dodatcích k Evropské úmluvě o vzájemné pomoci ve věcech trestních z 20. dubna 1959 a usnadnění jejího používání z 2. února 2000,
- Úmluvy k provádění Schengenské dohody ze dne 14. června 1985 o postupném odstraňování kontrol na společných státních hranicích z 19. června 1990, jakož i schengenského acquis, které ji rozvíjí a je začleněné do práva Evropské unie,
- Dohody mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou České republiky o zpětném přebírání osob na společných státních hranicích ze 3. listopadu 1994 (Dohoda o zpětném přebírání osob),
- nařízení Rady (ES) č. 343/2003 ze dne 18. února 2003, kterým se stanoví kritéria a postupy pro určení členského státu příslušného k posuzování žádosti o azyl podané státním příslušníkem třetí země v některém z členských států,

- 3 -

se dohodly takto:

#### Článek 1

(1) Smluvní strany zřizují společně obsazenou služebnu ve smyslu článku 5 Smlouvy o policejní spolupráci pod označením „Společné centrum německo-české policejní a celní spolupráce Petrovice – Schwandorf“ (dále „Společné centrum“).

(2) Společné centrum sestává z pracoviště ve Schwandorfu a z pracoviště v Petrovicích.

#### Článek 2

(1) Ve Společném centru působí ve společných prostorách němečtí a čeští pracovníci vyslaní příslušnými orgány (dále „vysílající orgány“) v souladu se Smlouvou o policejní spolupráci.

(2) Pracovníci Společného centra působí v rámci svých kompetencí a v souladu se svými vnitrostátními právními předpisy jako zástupci vysílajících orgánů a spadají pod jejich nařizovací a disciplinární pravomoc.

#### Článek 3

(1) Spolupráce ve Společném centru zahrnuje zejména

1. výměnu, distribuci a shromažďování informací, jakož i spolupůsobení při jejich analýze podle dohodnutých jednotných standardů;
2. podporu při vyhotovování společných situačních zpráv podle dohodnutých jednotných standardů v dohodnutých pravidelných intervalech, jakož i pro konkrétní situace;

- 4 -

3. podporu při přípravě, podávání a zodpovídání žádostí v rámci spolupráce při potírání trestné činnosti a při odvracení nebezpečí pro veřejný pořádek a bezpečnost;
4. spolupůsobení při koordinaci zásahů, zejména v případě potřeby
  - a) koordinace vyhledávacích opatření a opatření dohledu, která se týkají příhraničních oblastí,
  - b) koordinace přeshraničních pátracích opatření,
  - c) podpory při přípravě a provádění společných hlídek a společných kontrolních skupin,
  - d) koordinace přeshraničních úkonů v oblasti sledování a pronásledování;
5. spolupráci při přípravě a koordinaci předávání osob na základě platných mezinárodních smluv a práva Evropské unie;
6. podporu při realizaci opatření v oblasti vzdělávání a dalšího vzdělávání v záležitostech německo-české policejní a celní spolupráce, jakož i při dalším rozvoji a napomáhání německo-české policejní a celní spolupráci.

(2) Pracovníkům Společného centra nepřísluší nařizovat operativní zásahy. Při operativních zásazích však mohou se souhlasem svého vysílajícího orgánu působit v koordinační a podpůrné funkci.

(3) Úkoly a kompetence národních ústředí policí a celních správ, stávající oznamovací povinnosti vůči nim, jakož i ostatní formy německo-české policejní a celní spolupráce nejsou dotčeny.

#### Článek 4

- (1) Pracovníci Společného centra spolupracují na základě důvěry a navzájem se podporují.
- (2) Každá smluvní strana určí vždy jednoho koordinátora pro každé pracoviště. Každý koordinátor zastupuje na pracovišti vysílající orgány svého státu. Každý koordinátor je zodpovědný za nerušený provoz příslušného pracoviště, který zajišťují pracovníci jeho státu, a činí rozhodnutí, která jsou nezbytná pro organizaci a provádění běžných činností příslušného pracoviště. Nařizovací a disciplinární pravomoc vysílajících orgánů vůči pracovníkům není dotčena. Koordinátoři zajišťují bezproblémovou spolupráci a výměnu informací mezi oběma pracovišti.
- (3) Koordinátoři společně vypracují jednací řád pro své příslušné pracoviště. Jednací řády schvalují na německé straně vysílající orgány a na české straně Policejní prezidium České republiky po dohodě s Generálním ředitelstvím cel.
- (4) Koordinátoři si navzájem předají seznam pracovníků vysílajících orgánů svého státu působících na příslušném pracovišti, který je nutno neustále aktualizovat ve formě celkového seznamu. Na každém pracovišti bude zřízena a udržována společná administrativní místnost, v níž budou působit pracovníci obou stran.
- (5) Společné centrum jako celek je reprezentováno všemi koordinátory společně, není-li dohodnuto jinak. Pokud je pro Společné centrum nezbytná vlastní práce s tiskem a veřejností, bude tato dohodnuta mezi koordinátory. Informace ke konkrétním případům spolupráce koordinátoři poskytují pouze po dohodě s příslušnými orgány obou států.
- (6) Výkon práv a povinností spojených s provozem a ochranou nemovitostí provádí na pracovišti Schwandorf německý koordinátor a na pracovišti Petrovice Krajské ředitelství policie Ústeckého kraje.

- 6 -

## Článek 5

- (1) Každé pracoviště se označí v německém a českém jazyce.
- (2) Koordinátoři po vzájemné dohodě písemně upraví rozdělení prostor a vybavení každého pracoviště. Přitom je nutno adekvátně zohlednit počet vyslaných pracovníků. Koordinátoři se na tom předem dohodnou s vysílajícími orgány.
- (3) Provoz Společného centra probíhá nepřetržitě 24 hodin denně sedm dnů v týdnu. Podrobnosti týkající se přítomnosti pracovníků na pracovištích Společného centra upravují jejich jednacím řády.
- (4) Pracovními jazyky ve Společném centru jsou němčina a čeština. Každý pracovník si může zvolit svůj pracovní jazyk.

## Článek 6

- (1) Německá smluvní strana pro pracoviště ve Schwandorfu, česká smluvní strana pro pracoviště v Petrovicích, poskytnou řádně upravené nemovitosti, včetně míst pro parkování vozidel a nesou náklady spojené s provozem a údržbou nemovitostí. U všech pracovních míst je třeba počítat s vybavením komunikační technikou a možností využívání výpočetní techniky.
- (2) Smluvní strana příslušná podle odstavce 1 zajistí pro pracovníky vysílajících orgánů druhé smluvní strany instalaci potřebných informačních a komunikačních sítí v nemovitosti. Potřebná datová a telekomunikační spojení si zajistí příslušné vysílající orgány.
- (3) Vysílající orgány zajistí svým pracovníkům vyslaným do Společného centra plnou možnost využívání údajů podle pro ně platných vnitrostátních právních předpisů. To platí zejména pro využívání osobních údajů při dodržování příslušných vnitrostátních a mezinárodních právních předpisů o ochraně údajů.



- 7 -

(4) Náklady na telekomunikační a datová spojení, na zařízení na elektronické zpracování dat, telekomunikační zařízení a kopírovací přístroje hradí každá smluvní strana samostatně.

(5) Rozdělení nákladů na další vybavení pracovišť, jakož i běžných nákladů, zejména na kancelářský materiál, je upraveno jednacími řády.

(6) Náklady na specifická vybavení a osobní vybavení pracovníků včetně oprav a získání náhradního vybavení hradí každá smluvní strana samostatně, přičemž není v jednotlivých případech vyloučena dohoda vysílajících orgánů o jiném způsobu rozdělení těchto nákladů.

(7) Další náklady vznikající provozem pracoviště ve Schwandorfu hradí německá smluvní strana; další náklady vznikající provozem pracoviště v Petrovicích hradí česká smluvní strana.

#### Článek 7

Činnost Společného centra bude společně vyhodnocována na žádost jedné smluvní strany.

#### Článek 8

(1) Toto ujednání vstoupí v platnost dnem doručení pozdější z nót, jimiž si smluvní strany navzájem sdělí, že byly splněny jejich vnitrostátní předpoklady pro vstup tohoto ujednání v platnost. Smluvní strany budou ujednání předběžně provádět ode dne podpisu v rozsahu slučitelném s jejich vnitrostátními právními předpisy.

(2) Toto ujednání se uzavírá na dobu neurčitou. Každá smluvní strana jej může vypovědět písemně diplomatickou cestou. Výpověď nabývá účinnosti devadesát dnů po doručení diplomatické nóty druhé smluvní straně. Toto ujednání pozbude platnosti nejpozději dnem, kdy pozbude platnosti Smlouva o policejní spolupráci, nebude-li nahrazena jinou smluvní úpravou.

Dáno v Hofu dne 13. února 2012 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Spolkové ministerstvo vnitra  
Spolkové republiky Německo



Za Ministerstvo vnitra  
České republiky

